



Der Präsident der  
Freien Universität Berlin



Der Präsident der  
Humboldt-Universität zu Berlin



Der Präsident der  
Technischen Universität Berlin

## Presse-Erklärung der Präsidenten von FU, HU, TU

Nach Meldungen der Presse („Berliner Morgenpost“ und „Die Welt“ v. 4.6.2003) beabsichtigt die rote Senatskoalition, die Lehrverpflichtung von Professoren und wissenschaftlichen Mitarbeitern in den Berliner Universitäten zu erhöhen, um trotz weitergehenden Sparvorgaben die Zahl der Studienplätze in Berlin halten zu können. Mit Nachdruck protestieren die Präsidenten von Freier Universität, Humboldt-Universität und Technischer Universität gegen eine solche Maßnahme, mit der die Wettbewerbsfähigkeit der Berliner Universitäten endgültig ruiniert wäre: Bei Neuberufungen von Professoren, auf die die Berliner Universitäten wegen des derzeitigen Generationswechsels zu ihrer Substanzerhaltung dringlich angewiesen sind, würden die „besten Köpfe“ ihre Chancen mit Sicherheit nicht mehr in Berlin, sondern an anderen Hochschulorten suchen. Bei der Besetzung von Stellen für wissenschaftliche Mitarbeiter, von denen auch die Lehre maßgeblich getragen wird, würde der Wettbewerbsnachteil Berlins ebenfalls voll durchschlagen, denn eine zusätzliche Lehrbelastung würde zu dem vom Senat geforderten niedrigeren Tarifabschluss hinzutreten.

Die Koalition sollte endlich begreifen, dass die Universitäten – anders als der übrige öffentliche Dienst - ihr Lehrpersonal vorwiegend nicht aus Berlin, sondern überregional rekrutieren und daher von Tarifnachteilen und Mehrbelastung in der Lehre massiv betroffen werden. Die Koalition muss sich entscheiden, ob sie die bisher hervorragende Position der Berliner Universitäten im bundesweiten Leistungsvergleich erhalten oder ruinieren will. Noch sind die Berliner Universitäten ein Magnet für die „besten Köpfe“, aber das kann sich sehr schnell ändern.

Eine Erhöhung der Lehrbelastung von Professoren und wissenschaftlichen Mitarbeitern ist auch angesichts der schon jetzt bestehenden Überlast in der Lehre unzumutbar: In den Berliner Universitäten kommen im Schnitt fast 100 Studierende auf einen Professor, im Bundesdurchschnitt „nur“ etwa 63. Um diese übermäßige Belastung, die auch die Qualität der Lehre massiv in Frage stellt, zu reduzieren, haben Freie Universität und Technische Universität bereits einen flächendeckenden Numerus clausus (NC) beschlossen, die Humboldt-Universität hält sogar einen Aufnahmestopp für notwendig. Durch eine Deputatsanhebung würden auch in den harten NC-Fächern (Zahn-, Veterinär- und Humanmedizin, Rechtswissenschaft, Psychologie) die Zulassungszahlen deutlich ansteigen. Das erzeugt – abgesehen von der Belastung auch des nicht-wissenschaftlichen Personals, das in der Lehre eingesetzt wird, aber nach den Vorstellungen der Koalition auch reduziert werden soll – Mehrkosten, die vom Land ausgeglichen werden müssten, denn mehr Studierende bedeutet mehr Laborflächen, mehr experimentelle und Computer-Arbeitsplätze, mehr Bücher in Bibliotheken.

Dass eine Erhöhung der Lehrdeputate die Produktivität der Forschung vermindern würde, scheint die Koalition ohnehin nicht zu interessieren, obwohl gerade dies die Attraktivität Berlins als Wissenschafts- und Hochschulstandort ausmacht. Die Antragsfähigkeit der Professoren für die in der Forschung unerlässlichen Drittmittel würde durch eine erhöhte Lehrbelastung geschmälert. Dadurch werden auch Forschungsmöglichkeiten für Nachwuchswissenschaftler begrenzt.

Wir fordern die Koalitionsvertreter in Senat und Abgeordnetenhaus nachdrücklich auf, ihre Planungen endlich an den Notwendigkeiten einer qualifizierten Lehre und einer überregional wettbewerbsfähigen Forschung in den Universitäten zu orientieren. Die Berliner Universitäten sind in den letzten 10 Jahren um mehr als ein Drittel ihrer Substanz geschrumpft – damit haben sie ihren Beitrag zur Haushaltskonsolidierung erbracht. Jetzt geht es um die Erhaltung von Leistungsqualität in Forschung und Lehre und damit überregionale Wettbewerbsfähigkeit.